



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die nationalliberale Partei und ihre Zukunft.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die nationalliberale Partei und ihre Zukunft.



it dem glücklich erkämpften Ergebnis der Neuwahlen tritt der Reichstag, wie man hoffen darf, wieder in ein Stadium ein, welches im wesentlichen der Periode von 1867 bis 1877 entsprechen wird. Das Bezeichnende für jene Zeit war, daß neben den konservativen Parteien die nationalliberale Partei bei den Beratungen und Beschlüssen des Reichstages den Ausschlag gab. Sie wird jetzt voraussichtlich diese Stellung wieder einnehmen durch die Zahl ihrer Mitglieder wie durch das Ansehen ihrer Führer. Bei dieser Sachlage wird für die Weiterentwicklung unsrer Zustände das Verhalten der nationalliberalen Partei von größter Bedeutung werden. Es liegt nahe, die Gegenwart zu vergleichen mit der Vergangenheit, und die Frage zu stellen, welche Umstände, mag man sie nun Fehler oder Mißgeschicke nennen, es gewesen sind, welche zu dem zeitweiligen Darniederliegen der Partei geführt haben.

Vergleichen wir die heutige Stellung der Partei mit der frühern, so kann man sagen, daß ihre Stellung in gewissen Beziehungen leichter, in andern aber auch schwieriger geworden ist.

Leichter ist die Stellung der heutigen Nationalliberalen, weil, wie man annehmen darf, die in ihr enthaltenen Elemente weit mehr als früher zusammenstimmen. Schon lange vor den Zerklüftungen, welche in den Jahren 1878 und 1879 zu Tage traten, war es innerhalb der Partei selbst klar, daß sie aus zwei verschiedenen Elementen bestand, die man später mit den Namen des linken und des rechten Flügels zu bezeichnen pflegte. In dem linken Flügel waren zwei Eigenschaften vertreten, welche die Wirksamkeit der Partei gefährdeten und schließlich für deren Bestand verhängnisvoll wurden. Zunächst war dies ein gewisser Idealismus, welcher auf Einhaltung des einmal bestehenden liberalen

Programms den größten Wert legte. Es war dies ein Erbteil des Liberalismus früherer Zeit. Als Hauptvertreter dieser Richtung konnte der Abgeordnete Lasfer gelten. Die zweite jener Eigenschaften aber war ein persönlicher Ehrgeiz, welcher in dem Maße des Einflusses, den die Partei übte, keine ausreichende Befriedigung fand. Lange Zeit war diese Richtung nur latent. Sie wurde frei, als zu Anfang des Jahres 1878 der Eintritt Bennigsens in das Ministerium in Aussicht gestellt war. Von da an hat sie fortgewirkt und, wie wir glauben, wesentlich zu der Sprengung der Partei beigetragen. Oder wie sollen wir es sonst erklären, daß begabte Männer heute unter der Führung Richters völlig im Gegensatz zu dem plädiren, was sie noch vor sieben oder acht Jahren unter der Führung Bennigsens plädirt haben? Aber auch schon vor 1878 waren diese Elemente der Partei auf das Gesamtverhalten derselben keineswegs ohne Einfluß. Namentlich nahm der Abgeordnete Lasfer lange Zeit eine fast herrschende Stellung ein. Auch Herr von Bennigsen, welcher nach außen als das Haupt der Partei galt und ohne Zweifel dem rechten Flügel angehörte, entzog sich nicht ganz diesem Einfluß und vermied es, gegen die Bestrebungen des linken Flügels mit Entschiedenheit aufzutreten. Er mochte dabei von dem gewiß berechtigten Wunsche geleitet werden, die Partei möglichst zusammenzuhalten, zumal da auf dem linken Flügel vorzügliche Redekräfte vorhanden waren.

Die hier geschilderten Schwierigkeiten werden nun heute in der Partei weit weniger bestehen. Durch die Lostrennung der Sezessionisten ist die Partei in sich selbst gleichartiger geworden, und die Führer werden sich durch ungleiche Elemente weniger zu Schwankungen hingezogen fühlen. Freilich hat die Partei durch jene Trennung eine Anzahl hervorragender Redner verloren, die ihr bisher kaum ersetzt worden sind. Schließlich hängt aber die Bedeutung einer Partei doch nicht davon ab, ob etwas mehr oder minder glänzende Reden aus ihrer Mitte gehalten werden.

Schwieriger aber ist die Stellung der Partei dadurch geworden, daß den heftigen Angriffen gegenüber, die sie von linker Seite erfahren hat, es für sie schwer geworden ist, ihre Unbefangtheit ganz zu bewahren. Man hat ihr „Verrat an der liberalen Sache“ vorgeworfen und sie mit der Schmähung, „daß sie gar keine liberale Partei mehr sei,“ heimgesucht. Ließe sich dadurch die Partei verleiten, nun doch zeigen zu wollen, daß sie „vor allem eine liberale Partei“ sei, so fürchten wir, daß sich Fehler ähnlicher Art einstellen könnten, wie sie früher vorgekommen sind. Wir haben schon neulich in diesen Blättern (Heft 45, 1886) unter der Rubrik „Liberal und konservativ“ auszuführen gesucht, daß der Gegensatz von liberal und konservativ in unsern heutigen Verhältnissen seine entscheidende Bedeutung verloren hat. Fast alles, was vor einem Vierteljahrhundert die Liberalen auf ihr Programm geschrieben hatten, ist inzwischen erreicht worden. Was davon nicht erreicht worden ist, ist jeden-

falls von der Art, daß man sich wohl fragen darf, ob es wirklich erstrebenswert sei. Die Fragen, die heute an uns herantreten, haben in der Regel mit der Frage, ob liberal oder konservativ, nichts zu thun. Sie liegen auf ganz andern Gebieten der Staatsweisheit. Und nichts ist beklagenswerter, als wenn Parteien, weil sie „liberal“ sein wollen, solche Fragen nach einer vermeintlich liberalen Schablone behandeln. Als im Jahre 1878 zuerst das Sozialistengesetz auftrat, wurde es von liberaler Seite mit dem Saße bekämpft, „es dürfe nur auf dem Wege gemeinen Rechtes gegen die Sozialdemokratie vorgeschritten werden.“ Dieser Saß (den, wenn wir nicht irren, zuerst Lascher aufgestellt hatte) gründete sich auf die Schlußfolgerung: „Ausnahmegesetze sind im liberalen Staate unzulässig. Das Sozialistengesetz ist ein Ausnahmegesetz. Folglich!“ Wer möchte wohl heute noch jenen Saß aufrecht erhalten? Sieht man nicht ein, daß gerade durch die Beschränkung jenes Gesetzes auf die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie die bürgerliche Freiheit im allgemeinen weit mehr gewahrt worden ist, als wenn man mit „gemeinrechtlichen“ Gesetzen vorgeschritten wäre? Als im Jahre 1879 die Frage wegen Erweiterung der Schutzzölle an den Reichstag herantrat, glaubten viele Liberale, den Freihandel als ein unantastbares Kleinod ihres Liberalismus verteidigen zu müssen. Was aber hat, verständig betrachtet, Freihandel oder Schutz Zoll mit Liberalismus oder Nicht-Liberalismus zu thun? Als die Frage der Unfallversicherung auftrat, fanden viele Liberale vom Standpunkt ihres liberalen Prinzips aus es unerträglich, daß der Staat hier in die Freiheit des wirtschaftlichen Verkehrs eingreifen wolle. Nur durch Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes, also auf dem Wege unendlicher Prozesse, und mit Erhaltung der Privatversicherungen dürfe den Arbeitern geholfen werden. War das wirklich liberal? Und ist es illiberal, wenn der Staat sich der bedrängten Klassen unsrer Bevölkerung annimmt und ihnen durch unmittelbares Eingreifen zu helfen sucht? Öfters freilich sind diese „liberalen Grundsätze“ nichts andres, als geheime Begünstigungen gewisser Gesellschaftsklassen, welche die liberalen Parteien vorzugsweise als die ihrigen betrachten.

Wir wünschen aufrichtig, daß die nationalliberale Partei den liberalen Gedanken seiner wahren Bedeutung nach im Reichstage vertrete und hochhalte; gerade so, wie wir es anderseits auch für nützlich halten, daß der konservative Gedanke von andern Parteien im Reichstage vertreten sei. Nur aus einer verständigen Vermittlung zwischen beiden kann das Wohl des Staates hervorgehen. Lebhaft aber wünschen wir auch, daß die nationalliberale Partei, unbeirrt durch die Schmähungen, die ihr vielleicht deshalb zu Teil werden, den Fehler eines schablonenhaften Liberalismus, von welchem ihre Vergangenheit nicht ganz freizusprechen ist, bei ihrer Wiedererstehung vermeide.